

Lernmittel | 27.08.2026 | Nr. 253/26

Martin Balasus: TOP 58: Unterstützung für diejenigen, die sie wirklich benötigen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

Vorige Woche wurde meine Tochter eingeschult. Das war für sie, aber auch für uns als Familie, ein ganz besonderer Tag. In der Nacht davor hat sie vor Aufregung kaum geschlafen. Zu Hause war natürlich längst alles vorbereitet: Hefte, Stifte, Federtasche, Sportzeug – und vor allem der Schulranzen.

Ganz ehrlich: Ich war echt überrascht, was ein guter Schulranzen heute kostet: Mit Beratung, Probetragen – so macht man das ja heute – und passender Ausstattung kommt man schnell auf bis zu 300 Euro. Freunde von uns haben einen gebrauchten Ranzen gekauft – gut erhalten, günstiger und ebenso funktional.

Diese Erfahrung zeigt: Die Kosten eines Schulstarts sind nicht zu unterschätzen. Eltern müssen zu Beginn eines Schuljahres mit mindestens 150 bis 200 Euro pro Kind rechnen – größere Anschaffungen noch gar nicht eingerechnet. Gerade Familien mit mehreren Kindern oder einem kleinen Einkommen spüren diese Belastung.

Aber daraus folgt nicht automatisch, dass der Staat für alle Familien sämtliche Schulmaterialien bezahlen sollte.

Wir als CDU stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Eine umfassende Lehrmittelfreiheit für alle würde das Land dauerhaft erheblich belasten. Und wir müssen ehrlich sagen: Das Land kann sich eine vollständige Lehrmittelfreiheit nicht leisten.

Das Geld würde auf jeden Fall an anderer Stelle fehlen: bei zusätzlichen Lehrkräften für Deutsch und Mathe in der Grundschule, der Sprachförderung oder der Unterstützung von Schulen in herausfordernden Lagen. Investitionen in die pädagogische Arbeit sind aus unserer Sicht wichtiger als eine pauschale Kostenübernahme für Materialien für alle.

Wir sollten das Steuergeld nicht nach dem Gießkannenprinzip ausschütten. Denn warum sollte der Staat die Ausstattung auch für diejenigen Kinder vollständig übernehmen, deren Familien ohne Schwierigkeiten selbst bezahlen können? Konkret: Warum sollte das Land den Schulranzen meiner Tochter bezahlen? Oder den von

Kindern gut versorgter Beamter? Oder von Erbschafts-Millionären?

Unser Grundsatz lautet: Wer Unterstützung benötigt, soll sie verlässlich bekommen. Aber der Staat muss nicht jedem alles bezahlen.

Bereits heute stellen die Schulträger die freien Lernmittel zur Verfügung. Dazu gehören insbesondere Schulbücher und Gegenstände, die ausschließlich im Unterricht verwendet werden und in der Schule verbleiben. Die Verantwortung wird also zwischen Land, Schulträgern und Eltern geteilt.

Gleichzeitig darf kein Kind ohne notwendige Materialien im Unterricht sitzen. Dafür gibt es das Bildungs- und Teilhabepaket. Anspruchsberechtigte Familien erhalten derzeit 195 Euro pro Schuljahr für den persönlichen Schulbedarf. Darüber hinaus können Kosten für Klassenfahrten, Ausflüge, Lernförderung, Schülerbeförderung, Mittagessen sowie Vereins- und Kulturangebote übernommen werden.

Unter bestimmten Voraussetzungen können auch jene Familien Leistungen erhalten, die keine Grundsicherung beziehen, deren Einkommen aber dennoch nicht ausreicht. Entscheidend ist, dass diese Hilfen ankommen. Noch immer kennen zu viele Eltern ihre Ansprüche nicht oder scheuen sich, Unterstützung zu beantragen. Schulen, Jobcenter und Kommunen müssen deshalb besser informieren und möglichst unbürokratisch helfen.

Natürlich muss auch die Ausstattung mit digitalen Geräten betrachtet werden: Mit dem DigitalPakt Schule haben Bund, Land und Kommunen erheblich in die technische Ausstattung investiert. Nahezu alle Schulen verfügen inzwischen über eine grundsätzlich auskömmliche digitale Infrastruktur. Und dieser Weg wird mit dem Digitalpakt 2.0 fortgesetzt.

Kein Kind darf wegen der finanziellen Situation seiner Eltern vom Lernen ausgeschlossen werden. Leihgeräte und gezielte Hilfen bleiben deshalb unverzichtbar.

Aber auch Schulen und Eltern tragen Verantwortung. Schulen können Kosten vermeiden, indem sich Fachschaften besser abstimmen, Materiallisten vereinheitlichen und angeschaffte Dinge länger genutzt werden. Sammelbestellungen, Materialpools und Ausleihstationen können Familien entlasten.

Auch Eltern können sparen: Schulranzen, Taschenrechner, Bücher oder Sportausrüstung müssen nicht immer neu sein. Gebraucht zu kaufen ist günstiger, nachhaltiger und verantwortungsbewusst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Das bedeutet aber nicht, jede Verantwortung auf einen freundlichen Vollkasko-Staat zu übertragen. Unser Weg ist zielgerichteter: kostenlose schulgebundene Lernmittel, moderne digitale Ausstattung, sparsame Organisation vor Ort und verlässliche Unterstützung für diejenigen, die sie wirklich benötigen.